



Wer profitiert von wem?

Demografischer Sturzflug

Deutsche Asyl-Euphoriker und Freunde der Masseneinwanderung behaupten, die vielen Migranten würden die Sozialstaaten beleben und die Überalterung entschärfen. Falsch. Schlecht gebildete Ausländer bringen keinen Gewinn, sondern einen Verlust an Wohlstand. *Von Herwig Birg und Domo Loew (Illustration)*

Die Verwendung des Begriffs «Bevölkerungspolitik» steht in Deutschland zu Recht unter strenger Beobachtung. Umso bemerkenswerter ist, wenn neuerdings eine «Bevölkerungspolitik» mittels Einwanderungen befürwortet wird. Dabei lehnen die gleichen Leute eine Förderung der Geburten ab, und zwar widersinnigerweise mit dem Argument, dass dies «Bevölkerungspolitik» sei.

Die Industrie- und Handelskammern fordern die Ausbildung der Flüchtlinge und Asylbewerber, um ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, statt sie per Gesetz zur Untätigkeit zu zwingen. Dem kann man kaum widersprechen. Selbstverständlich ist auch, dass man hilfsbedürftige Flüchtlinge nicht ihrem Schicksal überlässt. Eine andere Frage ist es jedoch, ob Deutschland die demografische Basis seines Wohlstands auf Dauer dadurch aufrechterhalten kann, dass es den im Inland fehlenden Nachwuchs systematisch durch den anderer Länder via Zuwanderungen kompensiert und die Förderung der Geburten

strikt ablehnt, weil dies «Bevölkerungspolitik» wäre.

In seiner Rede zum Auftakt des «Forums Demografischer Wandel des Bundespräsidenten – Jahreskonferenz 2005» hatte der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler laut darüber nachgedacht, ob «[...] die vielbeschworenen demografischen Probleme gar keine Probleme, sondern vielmehr auch Lösungen für andere Probleme [...]» seien. Beispielsweise hatte er die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland als Mittel zur Kompensation des hohen Weltbevölkerungswachstums in Betracht gezogen.

Inkompetenz der Verantwortungsträger

Man darf annehmen, dass sich der Bundespräsident darüber informiert hatte, dass Deutschlands Anteil an der Weltbevölkerung nur noch rund ein Prozent betrug – und er sinkt weiterhin. Bei einem so geringen Anteil kann selbst das gänzliche Verschwinden der deutschen Bevölkerung das Weltbevölkerungswachstum

nicht verhindern, denn die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr um die Einwohnerzahl Deutschlands. Warum machte der Bundespräsident, der sich bei dieser Konferenz von der Bertelsmann-Stiftung beraten liess, dennoch diesen unpassenden Vorschlag? Bei einem Verschwinden der deutschen Bevölkerung würde der jährliche Zuwachs der Weltbevölkerung nur um wenige Monate unterbrochen, danach ginge das Weltbevölkerungswachstum ungebremst weiter. Wahrscheinlich sind auf der ganzen Welt kein zweiter Präsident und keine zweite Stiftung zu finden, die den Bevölkerungsrückgang ihres Landes als ein Mittel zur Bekämpfung des weltweiten Weltbevölkerungswachstums in Erwägung ziehen.

Ein anderes Beispiel für die Inkompetenz unserer politischen Verantwortungsträger ist, dass viele Gemeinden nur noch in den Flüchtlingen und Asylsuchenden eine Rettung vor ihrem dauerhaften Dahinschrumpfen sehen. Dabei ist die Vorstellung doch einfach unerträglich, dass die Existenz einer Stadt davon



fenden Zahl der Jungen und nur in geringem Masse auf der zunehmenden Lebenserwartung. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen hat schon vor zehn Jahren für Deutschland (und andere Länder) berechnet, dass jedes Jahr dreieinhalb Millionen Jüngere nach Deutschland netto zuwandern müssten, wenn man so die Alterung stoppen wollte.

Oberstes Verfassungsprinzip verletzt

Politiker, die das demografische Problem als «Chance» oder als «Lösung» für andere Probleme darstellen und für Zuwanderungen statt für die Förderung von Familien mit Kindern eintreten, führen das Land nicht nur sehenden Auges in eine Sackgasse, sie sorgen auch dafür, dass das Demografieproblem un-

Unsere gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung prämiert Kinderlosigkeit.

gelöst bleibt, weil sie mit ihrem Eintreten für Zuwanderungen von seiner Hauptursache ablenken: Unsere gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung prämiert Kinderlosigkeit und bestraft Familien mit Kindern. Dadurch verletzt sie das oberste Verfassungsprinzip jeder Demokratie – die Gleichheit aller vor dem Gesetz – wie durch die von der Politik ignorierten Urteile des Bundesverfassungsgerichts festgestellt wurde.

Durch Zuwanderungen können zwar einige Folgen des demografischen Problems wie die Arbeitskräftemangel bei bestimmten Berufen bekämpft werden, aber an der Verfassungswidrigkeit des sozialen Sicherungssystems ändert sich dadurch nicht das Geringste. Im Gegenteil, durch die Zuwanderung entstehen weitere Ungerechtigkeiten in den Herkunftsländern der Migranten. Denn die Eltern der Migranten gehen leer aus, wenn ihre Kinder in Deutschland Beitrags- und Steuerzahlungen leisten, die dringend für ihre eigene Versorgung benötigt würden. Kompensatorische Wanderungen untergraben auf diese Weise den politischen Zusammenhalt der Länder in der Europäischen Union.

Alle Menschen haben gleiche Rechte und Pflichten. Dass dieses oberste Verfassungsprinzip durch die Privilegien für Kinderlose verletzt wird, zeigt die folgende Überlegung. Wenn in einer Gesellschaft die eine Hälfte ihrer Mitglieder Kinder hat und die andere nicht, muss die eine Hälfte der Bevölkerung durch die Kinder der anderen im Ruhestand, bei Krankheit und bei Pflegebedürftigkeit versorgt werden, und zwar auch dann, wenn die Geburtenrate so hoch ist, dass – anders als hierzulande – im Durchschnitt zwei Kinder auf eine Frau entfallen, so dass die Bevölkerung weder schrumpft noch altert und keine Zuwanderungen benötigt würden.

Im Unterschied zum gewählten Beispiel bleibt in Deutschland zwar nicht die Hälfte der Menschen kinderlos, aber es sind im Bundesdurchschnitt schon rund ein Viertel beziehungsweise bei der grössten Gruppe – den nicht zugewanderten Frauen in den alten Bundesländern – schon rund ein Drittel. Der Anteil der Kinderlosen steigt von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang, das Beispiel mit fünfzig Prozent Kinderlosigkeit ist also keineswegs weit hergeholt. Aber anders als in dem Beispiel kommt in Deutschland erschwerend hinzu, dass die Geburtenrate mit 1,4 Lebendgeborenen pro Frau seit vier Jahrzehnten weit unterhalb von jener mit zwei Kindern liegt, so dass die indigene Bevölkerungsgruppe schrumpft und stark altert, während die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch immer neue Zuwanderungen und durch ihre Geburtenüberschüsse wächst. Zurzeit haben 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Bilanziert man Nutzen und Kosten der Zuwanderungen, indem man ihre Auswirkungen etwa auf die öffentlichen Finanzen untersucht, kann die Bilanz positiv oder negativ sein – je nachdem, welche Posten berücksichtigt werden. So ist die Bilanz aus Ein- und Auszahlungen in die Renten- und Pflegeversicherung bei Migranten wegen ihrer jüngeren Altersstruktur in der Regel positiv, insbesondere wenn man die Bilanz nur für ein einzelnes Jahr aufstellt. Berücksichtigt man auch die späteren Jahre, in denen die Renten ausgezahlt werden, kann sich das Ergebnis umkehren. Denn die Altersstruktur der Migranten ist zwar jetzt noch deutlich jünger, aber ihr Altenquotient (das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 15- bis 64-Jährigen) nimmt schneller zu als jener der Nichtmigranten. Durch die Angleichung der Altersstrukturen nimmt die entlastende Wirkung der jüngeren Altersstruktur im Laufe der Zeit ab.

Generationengerechtigkeit

Bei allen mir bekannten Kosten-Nutzen-Rechnungen wird die wichtigste Frage ausgeklammert: Ist es für eine alternde Gesellschaft, rein ökonomisch betrachtet, günstiger, das Geburtendefizit durch eine Erhöhung der Geburtenrate auf durchschnittlich zwei Kinder je Frau zu schliessen, wie das noch in den sechziger Jahren geschah (Strategie A)? Oder ist die Kompensation des Geburtendefizits durch Zuwanderungen ökonomisch betrachtet vorteilhafter (Strategie B)?

Für Strategie A spricht folgende, mit einem mathematischen Modell beweisbare Überlegung: Wenn jede Generation das gleiche Ziel verfolgt, nämlich das Verhältnis der von ihr im mittleren Alter an die Generation ihrer Eltern sowie an die Generation ihrer Kinder erbrachten Versorgungsleistungen zu den im Ruhestand von der eigenen Kindergeneration

abhängen soll, ob es immer irgendwo genügend Krisenherde gibt, aus denen Hilfesuchende nach Deutschland strömen. Im Übrigen haben auch die nach Deutschland Zugewanderten eine zu niedrige Geburtenrate, so dass die zugewanderte Population ohne immer neue Zuwanderungen ebenfalls schrumpfen würde.

Zuwanderung stoppt Alterung nicht

Als Individuum lebt der Mensch in seinen Kindern fort. Die Frage ist, ob dies bei Gesellschaften nicht genau so ist oder ob das Überleben einer Gesellschaft auch durch Zuwanderungen statt durch eigenen Nachwuchs gesichert werden kann? Fest steht: Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu, die der nachrückenden Jungen schrumpft. Ungeachtet dessen, dass es ab etwa 2045 immer weniger Ältere geben wird, so dass die heute gegründeten Altenheime wieder geschlossen werden müssen, setzt sich der Rückgang der Geburten ungehindert fort, weil die Eltern nicht geboren wurden, die den Abwärtstrend durch eine höhere Geburtenrate stoppen könnten. Gegenwärtig ist der Abnahmetrend vorübergehend unterbrochen, weil nun die Enkel der grossen Geburtsjahrgänge der sechziger Jahre zur Welt kommen, aber ab 2020 wird sich die Schrumpfung der Geburtenzahl verstärkt fortsetzen.

Zuwanderungen können die Alterung unserer Gesellschaft nicht stoppen. Denn die Alterung beruht in erster Linie auf der schrump-

empfangenen Versorgungsleistungen so günstig wie möglich zu gestalten, also zu minimieren, dann ist dieses Ziel genau dann am besten erfüllt, wenn die Leistungen pro Kopf der Elterngeneration und die pro Kopf der Kindergeneration gleich sind (= Generationengerechtigkeit). In diesem Fall hätten alle aufeinanderfolgenden Generationen die gleiche Grösse, so dass die Bevölkerung (ohne Wanderungen) konstant ist. Dies bedeutet, dass das Ziel der Generationengerechtigkeit nur dann erreicht wird, wenn das Ziel der demografischen Stabilität ebenfalls erfüllt ist.

Dieses mathematisch beweisbare Ergebnis ist ermutigend, denn es spricht eindeutig für die Erneuerung der Bevölkerung durch Geburten (Strategie A). Parallel dazu gibt es aber ein weiteres Argument gegen die von Deutschland verfolgte Praxis des Generationen-Ersatzes durch Einwanderungen (Strategie B). Nehmen wir an, Deutschland strebe ein hohes Pro-Kopf-Sozialprodukt an, weil dies ein hohes Konsumniveau garantiert und weil dann auch die für eine gute Infrastruktur erforderlichen öffentlichen Mittel bereitstehen. Dabei ist ein hohes Pro-Kopf-Sozialprodukt in jedem Fall günstiger als ein hohes absolutes Sozialprodukt. Sonst würden ja die Menschen etwa aus der Schweiz nach Indien auswandern und nicht in die Schweiz. Dies bedeutet: Je mehr Migranten nach Deutschland kommen, desto höher ist zwar in der Regel das absolute Sozialprodukt, aber desto geringer sind Niveau und Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens.

Widersinniges Interpretationsverbot

Dieses Ergebnis wird sowohl durch eigene Berechnungen als auch durch eine neue Untersuchung von Holger Bonin am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH in Mannheim gestützt, die von der Bertelsmann-Stiftung gefördert wurde und viel Aufsehen erregte. Sie ergab Folgendes:

1. — Die Bilanz der individuell zurechenbaren, geleisteten und empfangenen Zahlungen an den Staat, der sogenannte Finanzierungsbeitrag, ist bei den Deutschen im Durchschnitt pro Kopf höher als bei den Ausländern: 4000 Euro gegen 3300 Euro (Bonin, S. 27).

2. — «Wählt man die vorausschauende Perspektive der Generationenkonto [...] haben in der ausländischen Bevölkerung erheblich weniger Jahrgänge eine positive Generationenbilanz als in der deutschen Bevölkerung. Ausländer, die 2012 geboren wurden, werden unter Status-quo-Bedingungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg im Gegenwartswert durchschnittlich rund 44100 Euro mehr an Transfers erhalten, als sie an Steuern und Beiträgen zahlen. Dagegen erbringen die 2012 geborenen Deutschen einen deutlich positiven Finanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten. Sie zahlen im Lebensverlauf

durchschnittlich rund 110800 Euro mehr an Steuern und Beiträgen, als sie an individuell zurechenbaren Transfers empfangen» (Bonin, S. 30).

3. — Gewichtet man die Generationenkonto mit der Bevölkerungsstruktur im Ausgangsjahr, ergibt sich ein Finanzierungsbeitrag pro Kopf der deutschen Bevölkerung von 88500 Euro, ein solcher pro Kopf der ausländischen Bevölkerung von 22300 Euro (Bonin, S. 32).

4. — In einer weiteren Rechnung werden nicht nur die individuell zurechenbaren Zahlungsströme berücksichtigt, sondern auch die vom Staat im Durchschnitt pro Kopf aufgewendeten allgemeinen Staatsausgaben für Infrastruktureinrichtungen und für Verwaltungsleistungen. Auch in diesem Fall ergibt sich ein Gefälle zugunsten der Deutschen: «Jedes Neugeborene schafft über den ganzen Lebensverlauf gerechnet ein ganz erhebliches Defizit: Bei Ausländerkindern steht ein Kohortendefizit von 196000 Euro, bei den Deutschen von immerhin noch 41100 Euro zu Buche. Dieselben Werte ergeben sich dem Prinzip nach auch für alle künftig geborenen Generationen, soweit sie sich fiskalisch wie ihre Eltern verhalten werden und der Staat in Zukunft nicht bei den allgemeinen öffentlichen Ausgaben spart» (Bonin, S. 36).

Der Verfasser der Bertelsmann-Studie belegt seine eigenen Forschungsergebnisse überraschenderweise mit folgendem widersinnigem Interpretationsverbot: «Vor allem darf man daraus nicht schlussfolgern, dass bei einer umfassenden Bilanzierung, welche die fehlende Nachhaltigkeit der gegenwärtigen deutschen Fiskalpolitik mit in Rechnung stellt, die Ausländer eine fiskalische Last für die Deutschen darstellen» (Bonin, S. 38). Die

Die Leistungen, Einkommen und Steuerzahlungen sind bei Nichtzugewanderten höher.

Medien folgten artig dem Interpretationsverbot, deshalb ist jetzt überall zu hören: «Deutschland profitiert von der Zuwanderung.» Aber wer diese Meinung vertritt, wird gerade durch die Bertelsmann-Studie widerlegt, auf die sie sich stützt.

Wer profitiert also von wem – die Nichtzugewanderten von den Zugewanderten oder umgekehrt? Alle vier oben dargestellten Berechnungsweisen der Bertelsmann-Studie zeigen – wie schon viele andere Untersuchungen – ein klares Gefälle: Die Leistungen, Einkommen und Steuerzahlungen sind bei den Nichtzugewanderten höher als bei den Zugewanderten. Die gleiche Richtung hat auch das Transfergefälle, sonst wäre unerklärlich, warum der Prozentsatz der Empfänger von Sozialhilfe bei den Zugewanderten rund dreimal so hoch ist

wie bei den Nichtzugewanderten. Wenn ein guter Schüler und ein mittelmässiger ihre Schulaufgaben gemeinsam machten, würde niemand sagen, dass der bessere vom mittelmässigen profitiert – ausser die Bertelsmann-Stiftung.

«Die demographische Chance»

Generell hängt das Ergebnis jedes Vergleichs vom gewählten Vergleichsmaßstab ab, wie abschliessend an zwei einfachen Beispielen gezeigt werden soll. Beispiel 1: Geht es Deutschlands Wirtschaft besser mit oder ohne Zuwanderungen? Antwort 1: Ohne Zuwanderung hätten wir wahrscheinlich einen wirtschaftlichen Rückschlag wegen fehlender Arbeitskräfte und geringerer Nachfrage, also geht es uns besser mit Zuwanderungen statt ohne.

Beispiel 2: Geht es Deutschlands Wirtschaft besser mit Zuwanderungen oder mit eigenem Nachwuchs statt Zuwanderungen? Antwort 2: Mit eigenem Nachwuchs statt Zuwanderung hätten wir eine besser qualifizierte Bevölkerung (so schneiden beim Pisa-Test deutsche Schüler im internationalen Vergleich ziemlich gut ab, die Kinder der Migranten dagegen schlecht), und die Produktivität, das Pro-Kopf-Einkommen und das Wachstum wären höher als im Fall von Einwanderungen.

In meinem neuen Buch zeige ich: Deutschlands demografischer Sinkflug ist dabei, in einen Sturzflug überzugehen («Die alternde Republik und das Versagen der Politik. Eine demographische Prognose» (LIT-Verlag, Berlin 2015)). Es bedürfte eines gewaltigen Umdenkens, wollte man das noch verhindern. Stattdessen stellte die frühere Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, das Wissenschaftsjahr 2013 unter das Motto «Die demographische Chance». Nach dieser Logik war das Flächenbombardement deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg keine Katastrophe, sondern eine «Chance» für den Wiederaufbau.

Der Wohlstand eines Landes ist das Ergebnis einer die Generationen übergreifenden, mit jedem Individuum neu beginnenden Kette kulturgestützter Leistungen, die in den Familien mit der Erziehung lernfähiger Kinder beginnt, sich im Streben nach Bildung und Wissen in Schulen und Hochschulen fortsetzt, um schliesslich in der Wirtschaft in Form wettbewerbsfähiger Produkte in Erscheinung zu treten. Die Glieder der Kette werden schwächer, wenn der schrumpfende Nachwuchs im Inland durch die Zuwanderung von Menschen mit unterdurchschnittlicher Bildung und Ausbildung kompensiert wird.

Herwig Birg hatte mehr als zwanzig Jahre den Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaften an der Universität Bielefeld inne. Darüber hinaus war er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie und Mitglied der «Expert Group on World Population» der Vereinten Nationen.